

»Null-Wachstum«

oder: Eine Verlegenheitstheorie des Imperialismus

Von Doz. Dr. Karl-Heinz Uhlig, Sektion Marxismus-Leninismus

Bislang bildete der Indikator einer Steigerung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts pro Kopf der Bevölkerung die geheiligte Grundfrage aller bürgerlichen Wachstumsmodelle. In der Wirtschaftspolitik der imperialistischen Länder war demzufolge die Strategie des „unbedingten wirtschaftlichen Wachstums“ vorherrschend. Strittig war lediglich die Frage, mit welchen Mitteln diese Konzeption am besten durchzusetzen sei. Unter dem Eindruck der verheerenden Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 konzentrierte sich das Monopolkapital primär darauf, das Arsenal der Wachstumspolitik gegen eine Wiederholung derartiger „Pannen“ einzusetzen. Entsprechende Empfehlungen des englischen Ökonomen John Maynard Keynes sahen vor, dies vorzugsweise mit den Mitteln staatlicher Intervention zu erreichen. Zu ihnen gehören die „geleitete Inflation“, das Schaffen einer „effektiven Nachfrage“ mit Hilfe des Staates, höhere private und öffentliche Investitionen sowie eine gewisse Umverteilung des Nationalinkommens zur Dämpfung zumindest der gravierendsten Gesellschaftskonflikte. Diese Wirtschaftspolitik, verbunden mit einer gesteigerten Aktivität des imperialistischen Staates, war aber eher eine „Antikrisenregulierung“.

Kehtwendung zu den „Wachstumsgrenzen“

Nach dem zweiten Weltkrieg, unter dem wachsenden Druck des Weltsozialismus und der dem Kapitalismus aufzuzuhängenden Verlagerung der Systemauseinandersetzung auf das Feld der Ökonomie, waren gewisse Korrekturen an der Theorie von Keynes unumgänglich. Die New-Keynesianer traten für ein stabiles und langfristig konzipiertes Wirtschaftswachstum ein. „Ohne Zweifel hätte die wachstumstheoretische Forschung nicht einen stürmischen Aufschwung genommen“, besteht der BRD-Ökonom Gottfried Bombach, „wären nicht zwei andere Momente hinzugekommen: die Herausforderung des Ostens und das Problem der Entwicklungsländer.“ Und in der Tat erreichten die entwickelten kapitalistischen Industrieländer in den 50er und 60er Jahren ein für sie bislang beispielloses Tempo des wirtschaftlichen Wachstums. In zunehmendem Maße kristallisierte sich die Besorgnis des Monopolkapitals über Möglichkeiten und Tempo seiner Entwicklung in der Diskussion über die „nationale Wachstumsrate“. Dabei galt es, nicht nur die komplizierteren Probleme der Kapitalverwertung unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu bewältigen, sondern auch nach Möglichkeiten eines zeitweisen „Burgfriedens“ mit der Arbeiterklasse Ausschau zu halten. Die Frage, wieviel können die Massen noch ertragen, ohne ihrer Unzufriedenheit einen revolutionären Inhalt zu geben, erlangt wachsende Brisanz.

Haut wird in der kapitalistischen Welt weit weniger über wirtschaftliches Wachstum, sondern vermehrt über die „Grenzen des Wachstums“ gesprochen. Die Kehtwendung wird perfekt mit der Theorie des „Zero-Growth“ oder des „Null-Wachstums“. Was beinhaltet sie, und wie entstand sie? „Null-Wachstum“ ist gleichzusetzen mit einer negativen Alternative zum realen Wirtschaftswachstum, mit gewollter wirtschaftlicher Stagnation, Zugunsten „struktureller Ver-

besserungen“ in Wirtschaft und Gesellschaft müsse das wirtschaftliche Wachstum gestoppt, zumindest aber erheblich verlangsamt werden. So jedenfalls lautet die Hauptforderung des 1971 in den USA erschienenen Buches „The limits to growth“ (Die Grenzen des Wachstums). Verantwortlich für diesen Ökonomie-„Bestseller“ zeichnet das renommierte „Massachusetts Institute of Technology“. Seine mehrjährigen Forschungsergebnisse untermauert es mit höchst komplizierten Computerberechnungen. Nicht nur beifällig ist der Auftraggeber von Interesse. Es ist der 1968 gegründete und unlangst mit dem alljährlich vergebenen Preis des Börsenvereins des westdeutschen Buchhandels dekorierte „Club of Rome“. Ihm gehören Top-Manager und andere Spitzenvertreter der staatsmonopolistischen Hierarchie an. Gemäß der Heilslehre dieses illustren Vereins, des verlangsamtsten Wirtschaftswachstums als letztem Mittel zur Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts, kommt der Hochschul-Computer „programmierungsgemäß“ zu seiner Aussage. Sie lautet: Eine jährliche Zunahme der Welt-Industrieerzeugung von sieben Prozent führe schon Anfang des 21. Jahrhunderts zum Untergang der Zivilisation, und zwar infolge totaler Zerstörung der Umwelt. Das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time“ definiert daraufhin das „beschädigte“ Ziel des Buches. Es beabsichtigt, eine „kopernikanische Revolution im Bewußtsein“ zu vollbringen.

Hohes Wachstumstempo – sozialer Fortschritt

Wie reagiert das in seiner Profitier-erwartung höchst betroffene Monopolkapital auf diese Schnokktheorie der „Anti-Wachstums-Strategen“? Erstaunlicherweise mit einiger Gelassenheit. Ja, einige seiner Vertreter machen sich sogar zu ihrem Flüßsprecher. Sicut Mansholt, bekannt geworden als Theoretiker, Mitbegründer und Exekutor der „Europäischen Gemeinschaft“ (bisher EWG) sowie als Urheber des Planes vom „grünen Europa“, hält die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Mensch und Natur als „Gebot der Stunde“. Europa müsse deshalb beispielsweise im „Null-Wachstum“ sein. Es steht außer Zweifel und bedarf deshalb hier keiner weiteren Erörterung, daß die ökologischen Probleme

gen wie die verbesserte medizinische Betreuung unserer Bevölkerung und die von der 10. ZK-Tagung vorgezeichneten Konturen zur Lösung der Wohnungsfragen bis 1990 zu realisieren. Abgesehen davon, daß der Weg zur Erhaltung der Umwelt nicht über eine Einschränkung des Wirtschaftswachstums führt, sondern über eine planmäßige Berücksichtigung der mit ihm verbundenen Umweltprobleme, entbehrt ein Einfrieren des Wachstums jeglicher Logik der bisherigen menschlichen Entwicklungsgeschichte – auch der des Kapitalismus. Dies weiß man natürlich auch in den Ländern des Kapitals, und dies erklärt auch die bislang ausgebliebene Berücksichtigung des Anti-Wachstums in der realen Wirtschaftspolitik. Trotzdem ist die Theorie des „Zero-Growth“ eine dem Monopolkapital nicht unwillkommene Gelegenheit, um von den Grundkonflikten des heutigen Imperialismus abzulenken. Die Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts hat in den Industrieländern des Westens ein bedrohliches Ausmaß erreicht. Reaktionen der herrschenden Kreise sind deshalb unumgänglich. Tatsächliche Schritte zur Verbesserung der durch Profitgier und Anarchie rapide verschlechterten Umwelt müssen eingeleitet werden. Sie erfordern allerdings beträchtliche Aufwendungen und damit zugleich erhebliche Abstriche vom Profit. Deshalb glaubt man, mit dem utopischen Programm einer „ökologischen Gesellschaft“, der neuesten von dutzendweise angebotenen bürgerlichen Gesellschaftstheorien, ein zusätzliches Ventil für die massierten Forderungen der Werktätigen nach Zögerung der durch hemmungslöse Profitgier hervorgerufenen Umweltprobleme gefunden zu haben.



EINE HALBE GALLONE TRINKWASSER kostet in Los Angeles, der Stadt mit der größten Luftverschmutzung in den USA, 10 Cents! Foto: ADN-GD/Schüler

grammiert“, wenn sie im Verlaufe der letzten zehn Jahre das Wirtschaftswachstum der BRD beispielsweise um etwa die Hälfte übertroffen hat? Im Interview des „ND“ mit Genossen Honecker zu Beginn der Parteidahlen wird gefragt, inwieweit die hochgesteckten Ziele unserer Gesellschaft durch ein anhaltendes kontinuierliches Wirtschaftswachstum abgesichert sind. In seiner Antwort verweist der Erste Sekretär des Zentralkomitees unserer Partei darauf, daß es uns bis Ende September 1973 gelungen ist, ein recht beträchtliches und überplanmäßiges Wachstumstempo der industriellen Warenproduktion von etwa acht Prozent zu erreichen. Allein dies ist die materielle Grundlage, um Zielsetzun-

gen wie die verbesserte medizinische Betreuung unserer Bevölkerung und die von der 10. ZK-Tagung vorgezeichneten Konturen zur Lösung der Wohnungsfragen bis 1990 zu realisieren.

Unsicherheit statt Vertrauen

Dieses hohe Inflationstempo hat vielfältige Ursachen. Die entscheidende aber liegt zweifellos darin, daß die staatsmonopolistische Fortsetzung des Wirtschaftswachstums das Anwachsen der Elemente der Anarchie und der Labilität ungeniem beschleunigt. „An die Stelle des Vertrauens in das Wirtschaftswachstum ist ein Gefühl der Unsicherheit angesichts der Perspektiven, die das Wachstum bietet, getreten“, wird in einer 1971 in Paris erschienenen Studie der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) erklärt. Soweit sich die bürgerliche politische Ökonomie in die Diskussion über den Wachstums-Stopp eingeschaltet hat, verdeutlicht sie nur die tiefe Krise, in der sie sich mit ihrem Übergang auf Defensivpositionen befindet. Angesichts ihres eingeschränkten Aktionsradius scheut die imperialistische Ideologie auch davor nicht zurück, die ökologischen Probleme zu einer Schaubühne der Klassenaueinandersetzung im Weltmaßstab zu machen und mit Pseudo-Theorien wie der des „Null-Wachstums“ ihre vermeintliche Konstruktivität unter Beweis zu stellen. Das einst von Lord Keynes beschworene „magische Dreieck“ von angemessenem Wirtschaftswachstum, Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung, durch die Einbreiherung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts zu einem „magischen Viereck“ umgeformt, sitzt dem heutigen Kapitalismus mit eiserner Faust im Nacken. Mangel der Möglichkeit einer Generallösung, die nur Sozialismus heißen könnte, flüchtete man gegenwärtig an der Säule des Wirtschaftswachstums. In diesem Lichte gesehen, liegt es nahe, die Geburt der „Anti-Wachstums-Theorie“ unter einem weiteren Aspekt zu sehen: als Verlegenheitstheorie eines mit den Mitteln des Wirtschaftswachstums nicht mehr regenerationsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

RGW-Länder Fakten · Zahlen

Von Jahr zu Jahr wächst der Anteil der RGW-Länder an der industriellen Weltproduktion. Entfielen 1937 auf das Territorium der heutigen RGW-Staaten nur 15 Prozent und 1950 etwa ein Sechstel der industriellen Weltproduktion, so waren es 1969 schon 28 Prozent und 1971 etwa 34,5 Prozent. Das Volumen der Industrieproduktion der RGW-Länder stieg von 1951 bis 1970 auf das 6,8-fache, das der EWG-Länder erhöhte sich lediglich auf das 3,8-fache. Im Kommuniqué über die XXVII. Tagung der RGW wird festgestellt, daß die Zuwachsrate der industriellen Produktion in den Mitgliedsländern des RGW in den letzten zwei Jahren insgesamt über 15 Prozent betrug; in den entwickelten kapitalistischen Ländern waren es nur 8,8 Prozent. Noch deutlicher wird der ökonomische Vormarsch des Sozialismus bei einer regionalen Betrachtung in Europa, wo die sozialistischen Staaten in den fünf Jahren im Umfang der Industrieproduktion die kapitalistischen Staaten überflügeln und im Übergang zu den 70er Jahren schon nahezu 80 Prozent des Industriepotentials des Kontinents stellen.

Abfallprodukte nutzbar gemacht

Baku (ADN). Über dem Kautschukwerk von Sumgait nordwestlich von Baku, dem größten Chemiefabrik in der Aserbaidschanischen SSR, sind die dicken schwarzen Rauchschwaden verschwunden. Das im Produktionsprozeß als Abgas anfallende Methan, das bisher die Luft verschmutzte, wird durch ein besonderes Rohrleitungssystem dem städtischen Wärmekraftwerk zugeleitet, wo es als Brennstoff verwendet wird.

Feuilleton Wen wundert's?

Mit dem Auftrag, eine Wandzeitung zum Thema „Tage der sowjetischen Wissenschaft und Technik“ zu fotografieren, ging ich vor einiger Zeit in das Gebäude der Sektion Chemie in der Liebigstraße. Um es vorher zu nehmen, daß ich die bewußte Wandzeitung nicht finden konnte, lag an einer falschen Angabe des Termins. Ich war ein paar Tage zu früh gekommen. Daß mein Weg trotzdem nicht umsonst war, hat keinen ertzweiligen Grund... Da ich meinen Auftrag unbedingt erledigen wollte, ließ ich mich nicht gleich entmutigen. Ich lief treppauf, treppab, besah mir jede Wandzeitung, war dann auch im Mathematischen Institut in der Talstraße, da die Sektion Chemie auch hier einige Räume belegt hat. In beiden Gebäuden sah ich interessant gestaltete Wandzeitungen und wunderte mich, warum ich nicht wenigstens einmal einen Institutsmitarbeiter vor einer solchen stehen sah. Beim näheren Betrachten der Wandzeitungen fand ich des Rätsels Lösung. Beispiel Nummer ein: Ein Plakat „Studentenrecht“ mit Veranstaltungsterminen vom 31. 10. 72 bis 12. 5. 73 (3) und ein Plakat „Veranstaltungsreihe Podium“ mit Terminen vom 11. 1. 73 bis 29. 3. 73 (3). Beispiel Nummer eins: Ein Plakat Schaukasten der Firma „Allgemeiner Buch- und Zeitschriftenvertrieb Walter Körner“, völlig leer, mit dem vielversprechenden Spruch dekoriert „Neue Ausgestaltung dieses Schaukastens erfolgt vor Semesterbeginn“. Da man sich nicht festlegen hat, vor welchem Semesterbeginn, stimmt der Spruch immer, der Stein der Weisen wurde damit gefunden. Beispiel Nummer drei: Eine Wandzeitung der GO „Gerhard Harig“ zum Thema „Unser Weg beim Kampf um den Titel „Sozialistisches Studentenkollektiv“. Beispiel Nummer zwei folgend, sind alle Berichte völlig zeitlos gehalten, so daß auch diese Wandzeitung über Jahre einsetzbar ist! Beispiel Nummer vier: Wandzeitung der GST-Grundeinheit der Sektion Chemie. Ein Aufruf zur Beteiligung am Schließerverwehrlampf, dessen Erlös der Finanzierung der X. Weltfestspiele dienen soll. Freunde! Falls es sich noch nicht herumgesprochen hat: Die X. sind vorbei. Schade, daß durch solch veraltete Exemulare auch von aktuellen Wandzeitungen kaum Notiz genommen wird. Wen wundert's. Wolfgang Swietek

Aus der Rede Fidel Castros, Erster Sekretär des Zentralkomitees der KP Kubas und Premierminister der Revolutionären Regierung Kubas, auf dem Platz der Revolution „José Martí“ am 28. September 1973 über den heldenhaften Tod Salvador Allendes

Wenn Genossin Beatrice Allende damals im Monedapalast angekommen wäre, hätte die hier versammelte Million Menschen wie auch die internationale öffentliche Meinung keine Gelegenheit gehabt, alle jene Gesten, Besorgnisse und Beunruhigungen kennenzulernen, vor allem die Beunruhigung um die Einheit der revolutionären Kräfte, jenen Aufruf zur Einheit, jene Gefühle und jenen unbeugsamen Willen, bis zum Sterben zu kämpfen, den Präsident Allende bei der Verteidigung seiner gerechten Sache bewies. Durch sie haben wir erfahren, wie das Auftreten und die Gelbeshaltung Präsident Allendes an diesem Tag waren. Wir werden vor allem den Charakter eines Kämpfers und Soldaten der Revolution in Präsident Allende am 11. September beibringen...

Palast zu fahren, um dort auf seinem Präsidentenposten die Regierung der Unidad Popular zu verteidigen. Ihn begleitet eine Leibwache von 23 bewaffneten Männern mit ebensoviel automatischen Gewehren, zwei Maschinengewehren des Kalibers 30 und drei Bazucas, die sich mit dem Präsidenten in vier Automobilen und einem kleinen Lastwagen zum Präsidentenpalast begibt, wo sie 7.30 Uhr eintreffen. Der Präsident, der seine automatische Waffe bei sich führt und von seiner Leibwache begleitet wird, betritt die Moneda durch den Haupteingang. Zu dieser Stunde ist die gewöhnliche Wache, die aus Carabinieri besteht, normal auf ihrem Posten. Schon im Innern des Palastes, versammelt er sich mit den ihn begleitenden Männern, informiert sie über die Schwierigkeit der Situation und über seine Entscheidung, bis zum Tode zu kämpfen, um die verfassungsmäßige, legitime Volksregierung Chiles gegen den faschistischen Putsch zu verteidigen. Er prüft die verfügbaren Verteidigungsmittel und erstellt die ersten Instruktionen zur Verteidigung des Palastes. Sieben Mitglieder des Sicherheitskorps treffen etwas später ein, um sich den Verteidigern

„Ich werde nicht einen Schritt zurück tun!“

Ins Deutsch übertragen von Doz. Dr. M. Zeuske, Sektion Geschichte

anzuschließen. Die Posten der Carabinieri halten sich inzwischen auf ihren Plätzen, und einige treffen Maßnahmen zur Verteidigung des Gebäudes. Eine kleine Gruppe der persönlichen Leibwache bewacht den Eingang zu den Präsidententräumen mit dem Auftrag, keinen bewaffneten Militärangehörigen Zutritt zu gestatten, um einen möglichen Verrat zu verhindern. Im Zeitraum einer Stunde wendet sich Präsident Allende dreimal über das Radio an das Volk und drückt dabei seine Entschlossenheit zum Widerstand aus. 8.15 Uhr ist gerade vorbei, da fordert die faschistische Junta den Präsidenten durch noch bestehende Verbindungen zum Palast auf, sich zu ergeben und auf seinen Posten zu verzichten, indem sie ihm zu-

gleich einen Lufttransporter anbietet, um das Land in Gemeinschaft seiner Familienangehörigen und Mitarbeiter zu verlassen. Der Präsident antwortet ihnen, daß sie als verräterische Generale unfähig seien, Menschen mit Ehre zu begründen und weist ihr Ultimatum entrüstet zurück. Er hält in seinen Räumen eine kurze Versammlung mit mehreren hohen Offizieren des Carabinierikorps ab, die zum Palast gekommen waren, die aber ihre Pflicht zur Verteidigung der Regierung feige ablehnten. Der Präsident antwortet ihnen in sehr hartem Ton und entläßt sie mit Verachtung, indem er sie auffordert, den Palast sofort zu verlassen. Zum Zeitpunkt dieser Versammlung kamen auch die drei Militärdiktatoren des Präsidenten. Der Präsident äußerte ihnen gegenüber, es sei nicht die geeignete Zeit, auf Uniformierte zu vertrauen und bat sie, sich aus der Moneda zurückzuziehen. Nichtsdestoweniger verabschiedete er sich mit Zuneigung und Wärme von Major Sánchez, der ihm während mehrerer Jahre ein sehr fähiger Luftwaffenadjutant war. Wenige Minuten, nachdem sich die Offiziere zurückgezogen hatten, instruierte der Kommandoführer Leutnant

der Carabinieri-Einheit des Präsidentenpalastes – offenbar Befehle seiner Vorgesetzten erfüllend – einen Carabinieri, den Mitgliedern der Einheit den Befehl zum Rückzug zu geben. Und diese Carabinieri beginnen sofort, die Moneda zu verlassen und nehmen auch einen Teil ihrer Bewaffnung mit. Das gleiche tun auch die gepanzerten Fahrzeuge der Carabinieri, die bis zu diesem Moment sich auf Verteidigungsposten des Palastes befanden. Als sie über die Haupttreppe zurückgebt, schon ganz nahe dem Haupteingang, wendet eine Gruppe von zehn Carabinieri ihre Gewehre und versucht, auf den Präsidenten zu schießen, wird aber vom Personal der Leibwache energisch zurückgeschlagen. Das waren die ersten Schüsse, die zwischen Verteidigern und Putschisten ertschlagen werden. Während dieser Ereignisse treffen im Palast zahlreiche Minister, Stellvertreter, Gehilfen, die Töchter des Präsidenten, Beatrice und Isabel, und andere Kämpfer der Unidad Popular ein, die zum Palast kommen, um während dieser kritischen Stunden an der Seite des Präsidenten zu sein. (Fortsetzung folgt)

UZ-Fortsetzung